

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 50 (1977)

Heft: 2

Artikel: Nach dem Schlagabtausch : was weiter?

Autor: Däniker, G.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und keine Arbeitsübersichten zur Verfügung hat. Der Ortsleitungsstab, dem der reguläre Kommandoposten noch fehlt, muss den provisorischen geschützten Standort kennen, seine Organisation, die Verbindungen nach aussen. Der Dienstchef Schutzraumdienst hat solange keine Ruhe, bis er nicht Klarheit darüber besitzt, wieviel Aufwand an Zeit, Personen, Material und Arbeitsleistung die Vorbereitung der Schutzräume zum Bezug erfordert. Solche und ähnliche Informationen sind im Zivilschutz der Gemeinde heute gefragt. Klare Auskünfte dieser Art sind die beste Werbung für den Zivilschutz. Solche Informationen gilt es gerade auch anlässlich von «Tagen der offenen Türen» an die Frau und den Mann zu bringen. Es sind konkrete, gemeindebezogene, quartierbezogene, blockbezogene, personenbezogene Fakten, die es je länger je mehr zu vermitteln gilt. Es ist die Aufforderung, den Nachweis darüber zu erbringen, dass man handfeste Vorkehren getroffen hat. Blosser Pläne und Statistik über die getätigten Investitionen genügen nicht mehr.

Wir halten alle Versuche für verfehlt, für den Zivilschutz «Begeisterung» wecken zu wollen; die Volksaufwallung dafür findet nicht statt. Was not tut, ist die Kleinarbeit, auch viel ernste ausserdienstliche Arbeit der Kader, um die Zielsetzung 1980 zu erreichen. Dann werden wir eine erste Bereitschaft wirklich erreicht haben.»

Nach dem Schlagabtausch — was weiter?

*von Dr. G. Däniker, Direktor der Dr. Rudolf Farner Public Relations Agentur
und Mitglied der «Aktion Freiheit und Verantwortung»*

Die Affäre «Demokratisches Manifest/Cincera» kann ihr Gutes haben, sofern über die vor-dergründigen Streitpunkte hinaus zur Kenntnis genommen wird, wieviel es heute braucht, um das Überleben der schweizerischen Demokratie zu sichern. Dazu gehört freilich, dass alle, die einer wahrhaft demokratischen politischen Auseinandersetzung verpflichtet sind, ihren Hang zu einseitigen Sympathien und Antipathien zugunsten grundsätzlicher Fragestellungen und kritischen Überprüfungen hintanstellen. Dazu gehört ferner, dass man sich an gewisse Binsenwahrheiten erinnert: Zum Beispiel daran, dass man mit undemokratischen Methoden keine Demokratie erhält, sowenig wie man einen Kranken heilt, indem man ihn totschießt.

Gehen wir von solchen Überlegungen aus, so berührt es merkwürdig, dass so viele Sozialdemokraten sich beharrlich weigern, zuzugeben, dass es auch in der Schweiz ein umfassendes Bemühen bestimmter Kreise um Systemveränderung im marxistischen Sinne gibt. Dabei sind die Taktiken wirklich nur zu gut bekannt, werden sie doch nicht zuletzt gerade von der Urheberseite immer wieder betont und propagiert. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die sogenannte «strukturelle Gewalt» wird der Klassenkampf aufpoliert. Die Macht soll an «revolutionäre» Gruppen übergehen, die — nach bewährtem Muster — zu wissen vorgeben, was für Volk und Gesellschaft gut ist.

Um das zu erreichen — und auch davon sind wir täglich Zeuge — werden Feindbilder aufgebaut, wird Gereimtes und Ungereimtes wild durcheinander gebracht, werden Pamphlete verfasst und trotz ihren Ungenauigkeiten und zum Teil läppischen Konstruktionen als «Beweise» für die herrschende «Unterdrückung» und die Notwendigkeit schärfster Kampfführung hingestellt.

Man manövriert sich damit in einen merkwürdigen geistigen Zustand hinein, der damit beginnt, sogar den in allen seinen Spielarten totalitären Kommunismus als Retter der Demokratie zu sehen und der in seiner radikalsten Ausprägung nicht einmal vor Taten à la Watergate zurückschreckt, Taten also, die man noch vor kurzer Zeit schärfstens als antidemokratisch anprangerte, als sie vom unliebsamen Präsidenten Nixon geduldet wurden.

Unter diesen Umständen musste man einmal Fraktur reden. Man musste der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zeigen, wohin die Manifest-Leute in ihrem blinden Eifer geraten waren. Sie selbst betrieben Kopffjagd und Verleumdung und wollten gleichzeitig den politischen Gegner wegen behaupteter ähnlicher Machenschaften abschiessen. Sie drangen in fremde Räume ein, entwendeten privates Material; sie entzogen sich der Rechtsgewalt und riefen: «Haltet den Dieb.»

Das konnte nicht einfach hingenommen werden. Und weil die Stimmen, die diese Verbindung zwischen Aggression und Unschuldspropaganda klar brandmarkten, merkwürdigerweise recht selten waren, während jene Kommentatoren vorherrschten, die jeden als Demokraten ansehen, der dieses Wort auf seiner Visitenkarte führt, musste man klipp und klar sagen, dass es trotz ihren lautstarken Anschuldigungen die Manifest-Leute waren, die die Auseinandersetzung auf die kriminelle Ebene verlegt hatten.

Und nun zur andern Seite. Soweit sie nicht schläft und sich dem «business as usual» hingibt, ist sie mit Recht besorgt. Sie kann — ohne übermässig hellhörig zu sein — feststellen, dass in allen Bereichen unserer Gesellschaft, in der Verwaltung, in der Armee und in den Betrieben erklärte Gegner unserer Demokratie am Werk sind. Diese rühmen sich ihres «langen Marsches durch die Institutionen» und sind nur solange bereit, die Mehrheit als verbindlich anzuerkennen, als diese ihre Ziele gutheisst. Dass das keine Hirngespinnste sind, sondern tägliche Realität, kann man in buchstäblich Dutzenden ihrer Schriften nachlesen. Sie orientieren jeden, der es lernen möchte, wie man zersetzt, sabotiert, blockiert und jene «revolutionäre Stimmung» erzeugt, die es zum Umsturz braucht.

Der Wunsch, hier wachsam zu sein, ist legitim. Doch ist die Gefahr gross, auch dort mit Misstrauen und Verhärtung zu reagieren, wo Forderungen und Gesellschaftskritik der politischen Gegner lediglich eine besondere scharfe Form annehmen. Pauschalurteile sind denn auch auf dieser Seite nicht selten allzu rasch zur Hand.

Die einzige Chance für unsere Demokratie scheint deshalb in einem geistigen Schulterschluss der Demokraten aller Parteien und Flügel zu liegen. In einem Schulterschluss, der nicht zur Verwischung der Konflikte führt, die auszutragen sind, sondern lediglich in einer gemeinsamen Abgrenzung des demokratischen Kampffeldes besteht und sich auf das Hochhalten demokratischer Spielregeln bezieht. Die Extremisten aller Schattierungen sollen als das erkannt werden, was sie sind.

Es geht im Grunde darum, eine neue Glaubwürdigkeit der politischen Auseinandersetzung zu entwickeln. Sie muss im Rechtsstaat Schweiz primär von der strikten Wahrung der Legalität ausgehen. Sie muss aber auch dort wirksam werden, wo in der Zwischenzone zwischen fairer politischer Auseinandersetzung und Rechtsbruch gegen die demokratischen Grundsätze verstossen wird. Vorspiegelung falscher Ziele, unablässige Wiederholung längst entkräfteter Behauptungen, ständige Unterschlebung finsterster Absichten sollten beidseitig abgelehnt werden.

Wie wäre es, wenn in diesem Bemühen um Glaubwürdigkeit und neue Sachlichkeit primär die Linke mit den Linksextremisten ins Gericht ginge und das Bürgertum sich darum bekümmert, dass kein Rechtsradikalismus entsteht? Eine unbillige Forderung? Sie käme unserem politischen Klima zweifellos zugute, dem nichts so sehr Abbruch tut, wie die Erstarrung der Fronten und die Polarisierung der Meinungen, die nur zu leicht in Rechtsbruch und Gewaltanwendung enden.